



## DISKUSSIONSPAPIER

### KoBra Frühjahrstagung 2023

# Klimagerechtigkeit: Erneuerbare Energien in Brasilien

Die Klimakrise, die wir weltweit erleben, und ihre immer häufigeren verheerenden Auswirkungen verstärken die Dringlichkeit des Dekarbonisierungsprozesses und des Ausbaus der erneuerbaren Energien hin zu einer globalen Energiewende. Solche Prozesse müssen jedoch unter Berücksichtigung der Säulen Soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte umgesetzt werden, wenn sie für alle nachhaltig sein sollen. Dieses Dokument wurde im Rahmen der KoBra- Frühjahrstagung 2023 erstellt und basiert auf den Diskussionen, die von den Referierenden der Veranstaltung und anderen Expert\*innen und NGOs zu diesem Thema angeregt wurden. Es beabsichtigt nicht, alle Aspekte in Bezug auf diese Fragen zu erschöpfen und gibt auch nicht die persönliche Meinung jedes Autors und jeder Autorin vollständig wieder, sondern fasst einige der wichtigsten vorgestellten Perspektiven zusammen.

- Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne die Achtung der Menschenrechte, und es gibt keine Menschenrechte ohne die Achtung der Rechte indigener Völker. **Klimagerechtigkeit muss auf dem Recht indigener Völker auf Selbstbestimmung, Wohlergehen, traditionelles Wissen und eine gesunde Umwelt aufbauen, wie es in der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker formuliert ist.** Dies muss von den nationalen Regierungen und der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden. Die Zukunft unseres Planeten liegt in der Lebensweise der indigenen Völker.
- **Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten an rechtsverbindlichen Mechanismen arbeiten, um die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften bei der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen anzuerkennen.** Der Beitrag dieser Gruppen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt wird als gleichwertig mit dem Umweltschutz durch Naturschutzgebiete angesehen.
- **Indigene Völker müssen direkten Zugang zu Finanzmitteln haben, damit sie ihre Rolle bei der Bewältigung des doppelten Problems durch den Verlust der biologischen Vielfalt und die Klimakrise voll wahrnehmen können.**
- Die Anerkennung von Landrechten und anderen Forderungen traditioneller Bevölkerungsgruppen, wie Fundo e Fecho de Pasto (kollektive Weidewirtschaftung, ähnlich Allmende), Quilombolas und indigener Völker ist ein zentraler Grundsatz für die Gewährleistung einer gerechten und ausgewogenen Energiewende. In Anbetracht der derzeitigen Geschwindigkeit, mit der neue Projekte für erneuerbare Energien umgesetzt werden, erfordert dieser Prozess eine **umfassende und beschleunigte Abgrenzung des kollektiven Landbesitzes, um Landraub (grilagem) und daraus resultierende Landkonflikte wirksam zu verhindern.** Die Anerkennung sollte sich jedoch nicht auf Gemeinschaften in Regionen beschränken, in denen es Projekte für erneuerbare Energien gibt oder geben könnte, sondern sich auf alle traditionellen Bevölkerungsgruppen und indigenen Gemeinschaften in allen Regionen Brasiliens erstrecken.
- **Vor jeder Aktivität, die die Rechte indigener Völker auf Ressourcen, Territorien, Lebensunterhalt und Ernährungssicherheit beeinträchtigen könnte, muss ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) eingeholt werden.** Dies ist ein Recht, das den indigenen Völkern zusteht und das sichergestellt und ausgeübt werden muss. Dies muss auf kulturell angemessene Weise geschehen, in Übereinstimmung mit den Traditionen, Normen und Werten dieser Völker und Gemeinschaften und durch von ihnen gewählte Vertreter\*innen und Institutionen.



- Für traditionelle Gemeinschaften, die von Entwicklungen im Zusammenhang mit der Energiewende betroffen sind, **muss Verfahrensgerechtigkeit gewährleistet werden. Dazu ist es von grundlegender Bedeutung, dass Informationen über neue Projekte und ihre spezifischen Auswirkungen auf lokaler Ebene umfassend verbreitet werden. Außerdem müssen öffentliche Anhörungen in ländlichen und indigenen Gemeinschaften durchgeführt sowie faire und rechtlich genehmigte Verträge angeboten werden.** Darüber hinaus kann eine regionale Energieplanung, die alle Interessengruppen und die betroffene Bevölkerung einbezieht, als Instrument genutzt werden, um räumliche Zuweisungen für Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien zu finden, die den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechen.
- Bei Verträgen zwischen Unternehmen für erneuerbare Energien und Gemeinden wurde immer wieder festgestellt, dass sie zu Ungunsten der lokalen Gemeinschaften ausfallen. **Die Einrichtung einer kostenlosen, hochwertigen Rechtsberatung für Gemeinden vor der Unterzeichnung solcher Verträge sollte eine Priorität sein, um Betrug zu verhindern.** Als Präventivmaßnahme sollten rechtsverbindliche Musterverträge als Service für Gemeinden und Unternehmen öffentlich zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus sollten kollektive Landpachten offengelegt und öffentlich zugänglich gemacht werden, um zu verhindern, dass Informationsasymmetrien zwischen Gemeinschaften und Unternehmen zur unlauteren Senkung der Pachtpreise genutzt werden. Ständige Mechanismen für den Dialog und die Lösung von Konflikten zwischen Gemeinschaften und Unternehmen sollten ebenfalls in Betracht gezogen werden, um alle offenen Fragen zu klären.
- **Eine faire Entschädigung in Verbindung mit Landpachtzahlungen an Gemeinden ist eine wichtige Maßnahme, um die Vorteile und Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien zwischen Verbraucher\*innen und den ansässigen Gemeinden aufzuteilen.** Derzeit beschränken sich die Zahlungen an lokale Gemeinschaften auf Landpachtverträge (oft weit unter dem Marktwert), und selbst diese sind aufgrund der fehlenden Anerkennung von Landrechten nicht garantiert. Erneuerbare-Energie-Projekte haben materielle und immaterielle Auswirkungen innerhalb der Gemeinde und in den Nachbargemeinden, was in beiden Fällen eine Entmachtung dieser Bevölkerungsgruppen bedeutet. Investitionen in den öffentlichen Raum (z. B. Renovierung von Plätzen, Sportanlagen) oder die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen nach einem transparenten und integrativen Einstellungsverfahren mit Ausbildungsmöglichkeiten und langfristigen Beschäftigungs-garantien können eine Möglichkeit sein, die Gemeinden zu entschädigen.
- Für eine demokratische und ökologische Energiepolitik ist es dringend erforderlich, dass **eine breite Debatte mit der brasilianischen Gesellschaft geführt wird, bevor mögliche Regierungsentscheidungen zur Ausbeutung schmutziger Energie mit öffentlichen Mitteln, wie Schiefergas und Kernenergie, getroffen werden.** Schließlich sind es die Menschen, die letztlich die Kosten und negativen Folgen der Umsetzung eines Modells tragen werden, das nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist.
- Das rasante und ungezügelte Wachstum jeder kapitalistischen Entwicklung ist die Hauptursache für den Klimawandel und die globale Erwärmung. Es ist notwendig, das Tempo zu drosseln und an einer globalen demokratischen Wirtschaft zu arbeiten.

*Das Diskussionspapier basiert auf Beiträgen von Edson KRENAK (Cultural Survival, Universität Wien), Michael KLINGLER (BOKU Wien), Patricia Derolle Huber GALVES und Johannes SCHMIDT (BOKU Wien, reFUEL Projekt), Paola VELASCO-HERREJON (Universität Oslo) und dem von zivilgesellschaftlichen Institutionen unterzeichneten offenen Brief an Präsident Lula mit dem Titel "Für eine demokratische, ökologische Energiepolitik, ohne Atomenergie und ohne Schiefergas" (Februar 2023)*



KoBra - Kooperation Brasilien e.V.  
 Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg i. Br./Deutschland  
 Tel/Fone: (+49) (0)761/ 600 6926  
 info@kooperation-brasilien.org  
 www.kooperation-brasilien.org